
Presseinformation Nr. 921

16. November 2012

KURTH:

Gutes Signal von IKEA – Aufklärungsbedarf der DDR-Häftlingszwangsarbeit notwendig

BERLIN. Zum Einsatz politischer Gefangener in Produktionsstätten der DDR, mit denen IKEA zusammengearbeitet hat, erklärt Patrick KURTH, Berichterstatter für die Aufarbeitung des DDR-Unrechts und Sprecher für Aufbau Ost der FDP-Bundestagsfraktion:

Das Thema DDR-Zwangsarbeit muss im Deutschen Bundestag eine größere Rolle spielen. Offensichtlich haben namenhafte und internationale Unternehmen über Jahre von der erzwungenen Arbeit von DDR-Häftlingen profitiert. Dies scheint in vielen Fällen gar von Anfang an wissentlich geschehen zu sein. Es ist gut, dass IKEA nunmehr die wissenschaftliche Aufarbeitung intensiv angehen will.

Das Thema Zwangsarbeit wurde in den vergangenen Monaten intensiv in der Öffentlichkeit und in den Medien diskutiert. Eine umfassende politische Beschäftigung mit der Problematik blieb bisher jedoch aus. Das Thema gehört in den Deutschen Bundestag. Zur Aufarbeitung gehört auch die Frage nach dem Einfluss des Westens auf die DDR. Wie stark profitierten westdeutsche Firmen und Unternehmen vom ostdeutschen Regime? Wie weit reichte das System der SED auch in den Westen? Und inwiefern hat die westliche Gesellschaft dieses Handeln akzeptiert und weggeschaut? Die DDR ist nicht nur ein Ostthema. Auch diese Wahrheit gehört offen ausgesprochen.

Deshalb wird die FDP-Bundestagsfraktion in zwei Wochen eine hochkarätige Veranstaltung zum Thema DDR-Zwangsarbeit durchführen. Experten aus DDR-Forschung, Aufarbeitungsinstitutionen und Betroffenenvereinigungen werden diskutieren, welche politischen Maßnahmen und Instrumente konkret denkbar für eine vorurteilsfreie Aufarbeitung sind. Auch IKEA sowie die deutsche Wirtschaft sind eingeladen und sollten sich dieser Fachanhörung stellen. Das Thema bleibt damit über diesen Tag hinaus aktuell.

„Öffentliche Fachanhörung zu Zwangsarbeit im DDR-Strafvollzug“

Gesprächspartner: Roland Jahn (BStU), Dr. Anna Kaminsky (Bundesstiftung Aufarbeitung) und Hugo Diederich (Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.).

<http://www.fdp-fraktion.de/Termine/1241c5121i116/index.html>

Verantwortlich:
Beatrix Brodkorb

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de